

Finanzmärkte

Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft weltweit verankern

1. Ausgangslage

2. Faire Regeln für internationale Finanzmärkte und Weltwirtschaft

3. Mit der CDU am Steuer auf sicherem Kurs

1. Ausgangslage

Heute muss unser Land wie alle anderen Länder eine globale Finanzkrise bewältigen, wie wir sie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt haben. Die dafür notwendigen Weichenstellungen verlangen wieder nach einer politischen Kraft, die gestalten will und gestalten kann. Das ist die Union.

Nur das entschlossene Handeln der von unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel geführten Bundesregierung hat im Herbst 2008 das Schlimmste verhindert. Innerhalb von Tagen haben Bund und Länder angesichts der akuten internationalen Finanzmarktkrise Entscheidungen getroffen, von denen wir heute sagen können: Sie haben Deutschland vor großem Schaden bewahrt. Für die CDU ist klar: Im Augenblick der Not muss der Staat einspringen – aber nur dann. Denn es wäre ein großer Fehler, wenn wir die Rolle des Staates falsch verstünden und ihm nun auf Dauer immer neue Aufgaben übertragen wollten. Genau das wollen wir nicht. Wir haben hohe Achtung vor der unternehmerischen Verantwortungsbereitschaft, ohne die Arbeitsplätze nicht geschaffen werden können. Dem Irrglauben, der Staat sei der bessere Unternehmer, treten wir entschieden entgegen. Staatswirtschaften schaffen keinen Wohlstand, sondern sie nehmen den Menschen die Freiheit. Darum lehnen wir es ab, dass der Staat unternehmerische Entscheidungen an sich zieht. Aber wir treten dafür ein, dass er Hüter der Ordnung ist. Er muss helfen, dass die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft neu geweckt werden.

Mit Entschlossenheit und Augenmaß haben wir deshalb wichtige Schritte eingeleitet, damit Deutschland stärker aus der Krise herauskommt, als es hineingegangen ist:

- Wir haben mit dem Bankenrettungsschirm dafür gesorgt, dass die Ersparnisse der Menschen sicher sind.
- Wir haben mit dem Deutschlandfonds ermöglicht, dass kleine, mittlere und große Unternehmen weiterhin Kredite bekommen.
- Wir haben mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und der Förderung von Weiterbildung Brücken für Arbeitsplätze gebaut.
- Wir haben gezielte Anreize zum Kauf von Neuwagen gesetzt und damit insbesondere den vielen mittelständischen Automobilzulieferern und ihren Mitarbeitern geholfen, die Krise zu überstehen.
- Wir haben den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung und die Einkommensteuer gesenkt und die kalte Progression bekämpft – für mehr Netto vom Brutto.

Das Jahr 2009 darf nicht nur das Jahr einer außergewöhnlichen weltweiten Krise sein, sondern es muss auch das Jahr sein, in dem die Grundlage für einen neuen Aufschwung gelegt wird. Damit unser Land 2013 noch besser dasteht als 2009, nach innen wie nach außen, zum Wohle der Menschen.

Die Welt muss zeigen, dass sie ihre Lektion gelernt hat. Nach der Krise darf es nicht so weitergehen wie vor der Krise. Die erfolgreichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft müssen europa- und weltweit verankert werden. Dafür sind die beim G20-Gipfel in London getroffenen Verabredungen für eine neue internationale Finanzverfassung erste Bausteine.

Die Aufgabe unserer Zeit ist nicht einfach. Sie verlangt eine vertrauensvolle, beständige und verlässliche Zusammenarbeit mit allen wichtigen Partnern auf der Welt. Sie verlangt das Vertrauen, das Bundeskanzlerin Angela Merkel heute in Europa und der Welt genießt.

2. Faire Regeln für internationale Finanzmärkte und Weltwirtschaft

Die CDU setzt auf die Soziale Marktwirtschaft auch als Ordnungsmodell der internationalen Finanz- und Wirtschaftsordnung. Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat deutlich gemacht, dass die internationalen Märkte eines weltweiten ordnungspolitischen Rahmens bedürfen, der mit den Innovationen auf den Finanzmärkten Schritt hält. Für uns ist klar: Globale Probleme bedürfen global abgestimmter Lösungen. Hierzu müssen die Abstimmungen zwischen Staaten und Staatengruppen intensiviert, aber auch multilaterale Institutionen gestärkt werden: Die europäisch und international abgestimmten Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes sind der erste Baustein für eine neue Finanzmarktverfassung. Als zweiter Schritt muss nun eine zügige Umsetzung der europäischen und internationalen Beschlüsse zur Vermeidung zukünftiger Finanzmarktkrisen folgen.

- Wir werden auf international einheitliche Standards der Regulierung und Überwachung dringen. Deutschland wird an einer intensiven Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden konstruktiv mitwirken. Wir werden die Bankenaufsicht in Deutschland unter einem Dach zusammenführen. In der Europäischen Union müssen die Aufsichtsbehörden im Rahmen der Europäischen Zentralbank so zusammengeführt werden, dass für eine effiziente Aufsicht sowie gemeinsame Krisenprävention und Krisenbewältigung gesorgt ist.
- Wir streben eine Überarbeitung der internationalen Standards zur Rechnungslegung an. Wir setzen uns dafür ein, aus europäischer Tradition ein Modell zu entwickeln, das sich vom bisherigen anglo-amerikanisch geprägten unterscheidet. Das vom ehrbaren Kaufmann zu beachtende Prinzip der Vorsicht und Vorsorge muss Bewertungsmaxime sein. Wir werden uns dafür einsetzen, die Vorgaben des Baseler Ausschusses zur Bankenaufsicht zu stärken. Sie müssen so geändert werden, dass nicht prozyklisch wirkende Regeln Krisen verschärfen – und sie müssen dann auch tatsächlich international verbindlicher Standard werden.
- Wir streben eine wirksamere Bankenregulierung an. Für Kreditzusagen an eine nicht konsolidierte Zweckgesellschaft müssen grundsätzlich die gleichen Eigenkapitalvorschriften gelten wie für Aktiva vergleichbaren Risikos in der Bilanz. Institute, die ver-

briefte Finanzprodukte vertreiben, müssen einen bestimmten Teil davon in den eigenen Bilanzen behalten, um eine vernünftige Risikobewertung sicherzustellen.

- Wir dringen bei den Rating-Agenturen auf Trennung von Bewertung und Beratung. Europäisch wie international muss eine Aufsicht über Rating-Agenturen geschaffen werden, die Standards für die Risikobewertung und die Vergabe von Bonitäts-Urteilen setzt und ihre Einhaltung überwacht. Wir befürworten, dass Bundesbank und Europäische Zentralbank regelmäßig und nach transparenten Kriterien Bewertungen über die Arbeit der Rating-Agenturen veröffentlichen. Wir werden daran mitwirken, dass es in Zukunft eine europäische Rating-Agentur gibt.
- Wir werden für Finanzinvestoren mehr Transparenz durchsetzen. Ihre Geschäftslage und ihre Verschuldungsposition müssen aus ihrer Rechnungslegung klar erkennbar sein. Hedge Fonds sind einem international abgestimmten Regelwerk zu unterwerfen.
- Wir setzen uns in den WTO-Verhandlungen für einen fairen Ausgleich mit den Entwicklungsländern ein. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für die Teilhabe der Entwicklungsländer am Welthandel. Dabei treten wir für wirksame Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums und für weltweit geltende angemessene Gesundheits-, Tierschutz- und Umweltstandards ein. Soziale Mindeststandards müssen eingehalten werden.
- Wir streben einen Abschluss der Doha-Runde an, um Handelsbarrieren abzubauen und Märkte zu öffnen. Wir bekennen uns zum Grundsatz des freien Welthandels und lehnen Protektionismus ab. Wir werden Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten konsequent entgegentreten.

3. Mit der CDU am Steuer auf sicherem Kurs

Die Zeiten fordern uns. Immer wenn unser Land vor wichtigen Weichenstellungen stand, konnten sich die Menschen sicher sein: Mit der CDU ist das Land auf sicherem Kurs. Wir haben gegen große Widerstände die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland verankert und damit Wohlstand und soziale Sicherheit ermöglicht. Wir haben gegen große Widerstände die Bundesrepublik Deutschland eng in den Kreis der freien Völker eingebunden und unser Land mit NATO und Europäischer Union eine Sicherheit gegeben, wie wir sie nie zuvor in unserer Geschichte hatten. Wir haben gegen große Widerstände an der deutschen Einheit festgehalten und – als sie möglich wurde – beherzt wahr gemacht, sodass heute alle Deutschen in Frieden und Freiheit leben können.

60 Jahre Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre vereintes Deutschland zeigen, was unser Land kann. Sie zeigen auch: Wir haben schon ganz andere Herausforderungen bewältigt.

Um das zu erreichen, wollen wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die Christlich-Soziale Union, in der nächsten Legislaturperiode eine Regierung mit der Freien Demokratischen Partei bilden. So können wir die notwendigen Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes treffen.